

Stand: 29.03.2024 12:57:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/11152

"Beim Verkauf der GBW AG:

Mieterinnen und Mieter sowie die Kommunen dürfen nicht für das Landesbank-Desaster büßen!

Vorrang für den Mieterschutz!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/11152 vom 02.02.2012
2. Beschluss des Plenums 16/11185 vom 02.02.2012
3. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 02.02.2012

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harald Gülller, Ludwig Wörner, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Maget, Natascha Kohonen, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Angelika Weikert, Stefan Schuster, Margit Wild, Horst Arnold, Dr. Thomas Beyer, Susann Biedefeld, Sabine Dittmar, Dr. Linus Förster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Annette Karl, Christa Naaß, Maria Noichl, Reinhold Perlak, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Bernhard Roos, Adelheid Rupp, Franz Schindler, Harald Schneider, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer, Hans Joachim Werner, Johanna Werner-Muggendorfer, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

**Beim Verkauf der GBW AG: Mieterinnen und Mieter sowie die Kommunen dürfen nicht für das Landesbank-Desaster büßen! Vorrang für den Mieterschutz!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Beim Verkauf der 33.000 Wohnungen der GBW AG darf nicht die Gewinnmaximierung zum Ausgleich des Landesbank-Desasters im Vordergrund stehen, sondern der Fortbestand von sozialverträglichen Mietverhältnissen im Sinne der bisherigen Geschäftspolitik der GBW AG. Mieterschutz geht vor!
2. Die 85.000 Mieterinnen und Mieter der GBW-Wohnungen hätten durch Ergänzung ihrer Mietverträge schon seit einiger Zeit für den Fall des Verkaufs ihrer Wohnungen geschützt werden müssen. Es ist ein schweres Versäumnis der Staatsregierung, dass sie dies über ihren Einfluss in der BayernLB nicht schon längst gemacht hat.
3. Es ist zuallererst eine Aufgabe des Freistaats Bayern und der Staatsregierung, die Mieterinnen und Mieter der GBW-Wohnungen vor Spekulanten, Eigenbedarfskündigungen, Verwertungskündigungen, Luxussanierungen und hohen Mieterhöhungen zu schützen. Das Landesbankdesaster mit Milliardenverlusten darf von der Staatsregierung nicht auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter ausgetragen werden. Der Freistaat darf den Mieterinnen und Mietern seine Hilfe nicht verweigern.

4. Es ist nicht Aufgabe der bayerischen Kommunen und ihrer Wohnungsbaugesellschaften für das von der CSU-Staatsregierung angerichtete Desaster bei der BayernLB beim Notverkauf der GBW-Wohnungen zu haften und an Stelle des Freistaats in die Bresche zu springen.
5. Der Landtag sieht mit Sorge, dass der von der Staatsregierung ins Spiel gebrachte Verkauf der GBW-Wohnungen an ein kommunales Konsortium die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und ihrer Wohnungsbaugesellschaften in den kommenden Jahren massiv beschneidet. Die für den Kauf notwendige riesige Kaufsumme fehlt Kommunen und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in den kommenden Jahren bei der Erfüllung ihrer Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger. Beispiele sind der Ausbau der Kinderbetreuung, bei den kommunalen Wohnungsunternehmen der Neubau und die ökologische Sanierung sowie der senioren-, kinder- und behindertengerechte Ausbau des heutigen Wohnungsbestands. Die kommunalen Haushalte dürfen von der Staatsregierung nicht geplündert werden.
6. Die in der Sozialcharta der GBW AG genannten sozialen Grundsätze für die Vermietung ihrer Wohnungen müssen beibehalten werden. Es ist ein erster Schritt, dass die Staatsregierung dies jetzt endlich anerkennt.
7. Die Eckpunkte eines sozialen Mietrechts sind vor einem Verkauf der Wohnungen in allen Mietverträgen durch die Aufnahme entsprechender Mietschutzklauseln festzuschreiben. Die bisherigen reinen Lippenbekenntnisse der Staatsregierung zur Sozialcharta der GBW AG sind bei einem Verkauf des Wohnungsbestands an private Käufer nicht ausreichend und bringen den Mieterinnen und Mietern keine Sicherheit.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. Alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Wohnungen der GBW AG im direkten Einflussbereich des Freistaats Bayern bleiben. Damit ist bei der nun europarechtlich notwendigen Herauslösung des Wohnungsbestands aus dem Einflussbereich der BayernLB vorrangig eine Lösung zu suchen, welche die Wohnungen in das Eigentum des Freistaats übernimmt.
2. Folgender Mindeststandard ist beim Mieterschutz einzuhalten:
  - lebenslanges Wohnrecht für Mieter über 60 Jahre,
  - Schutz vor Eigenbedarfskündigungen für Mieter unter 60 Jahren für die Dauer von 15 Jahren,
  - Verzicht auf Umwandlung in Eigentumswohnungen für mindestens 15 Jahre,

- Reduzierung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen auf 15 Prozent innerhalb von 3 Jahren und deren Berücksichtigung für Modernisierungen,
  - Einschränkung der Modernisierungen und vor allem Verzicht auf preistreibende Luxusmodernisierungen.
3. Im Falle eines Verkaufs der Wohnungen außerhalb des direkten Einflussbereichs des Freistaats sind zunächst ausschließlich Verhandlungen mit den Kommunen bzw. einem von ihnen zu gründenden kommunalen Konsortium zu führen. Bei der Wertermittlung und dem Kaufpreis sind die Kriterien der Sozialcharta der GBW AG zu Grunde zu legen. Ein offenes Bieterverfahren unter Beteiligung von Spekulanten findet nicht statt.

#### Begründung:

Es war die unverantwortliche Politik von Mitgliedern der CSU-Staatsregierung u.a. beim Kauf der Hypo Group Alpe -Adria, welche der BayernLB Milliardenverluste einbrachte und die jetzt zum Verkauf der GBW-Wohnungen führt. Daher ist es richtig, dass der Freistaat die Wohnungen übernimmt und nicht die Mieterinnen und Mieter im Regen stehen oder die Kommunen bluten lässt. Der Notverkauf der GBW-Wohnungen trifft weite Teile Bayerns massiv. Insgesamt sind davon 33.000 Wohnungen mit 85.000 Mieterinnen und Mietern betroffen.

So etwa in den Landkreisen und kreisfreien Städten

München, Stadt	ca. 7.800 Wohnungen;
Nürnberg, Stadt	ca. 3.270 Wohnungen;
München, Umgebung	ca. 2.630 Wohnungen;
Erlangen, Stadt	ca. 2.240 Wohnungen;
Regensburg, Stadt	ca. 1.430 Wohnungen;
Landshut, Stadt	ca. 1.300 Wohnungen;
Miltenberg, Landkreis	ca. 1.100 Wohnungen;
Würzburg, Stadt	ca. 950 Wohnungen;
Aschaffenburg, Stadt	ca. 900 Wohnungen;

Rosenheim, Stadt	ca. 870 Wohnungen;
Kitzingen, Landkreis	ca. 630 Wohnungen;
Rhön-Grabfeld, Landkreis	ca. 590 Wohnungen;
Dingolfing-Landau, Landkreis	ca. 570 Wohnungen;
Amberg, Stadt	ca. 550 Wohnungen;
Pfaffenhofen a.d. Ilm, Landkreis	ca. 540 Wohnungen;
Traunstein, Landkreis	ca. 500 Wohnungen;
Garmisch-Partenkirchen, Landkreis	ca. 480 Wohnungen;
Memmingen, Stadt	ca. 480 Wohnungen;
Regensburg, Landkreis	ca. 480 Wohnungen;
Amberg-Sulzbach, Landkreis	ca. 450 Wohnungen.

Auch der Vorsitzende des bayerischen Mieterbundes, Alfred Poll, kritisiert die Staatsregierung für ihr zögerliches Handeln: „Das Risiko, dass ein sozialverträglicher Verkauf am EU-Recht scheitert, hätte man bereits vor eineinhalb Jahren ausschalten können, wenn die Verantwortlichen damals individuelle Zusatzverträge mit Mietern geschlossen hätten.“ Die SPD-Fraktion im Landtag hat in mehreren Anträgen und Dringlichkeitsanträgen (LT-Drs. 16/9918, 16/4999, 16/3804, 16/1718, 16/1684) beantragt, die Mieterinnen und Mieter der GBW endlich effektiv zu schützen. Unter anderem wurde ein in jedem Mietvertrag abgesicherter Schutz gefordert, der dann auch bei einem Verkauf von GBW-Wohnungen automatisch gültig ist. Der vorliegende Antrag wäre nicht notwendig, wenn die Staatsregierung in den vergangenen mehr als zwei Jahren im Sinne eines effektiven Mieterschutzes gehandelt hätte, anstatt immer nur eine abwehrende Haltung einzunehmen.

Als mögliche Wege der Übernahme der Wohnungen in den direkten oder indirekten Bestand des Freistaats sind zu prüfen:

- Kapitalrückführung aus der BayernLB in Form von Eigentumsanteilen bzw. Wohnungen der GBW – z.B. mit einer Lösung über die „Immobilien Freistaat Bayern“;
- Wohnungsbestand als Teil des Stiftungskapitals der Landesstiftung.

Schließlich ist es erforderlich, dass der Freistaat Sonderprogramme für die energetische Sanierung oder den barrierefreien Umbau von Wohnungen speziell für die kommunalen Wohnungsbauunternehmen auflegt.

## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harald Güller, Ludwig Wörner, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Maget, Natascha Kohnen, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Angelika Weikert, Stefan Schuster, Margit Wild, Horst Arnold, Dr. Thomas Beyer, Susann Biedefeld, Sabine Dittmar, Dr. Linus Förster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Annette Karl, Christa Naaß, Maria Noichl, Reinhold Perlak, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Bernhard Roos, Adelheid Rupp, Franz Schindler, Harald Schneider, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer, Hans Joachim Werner, Johanna Werner-Muggendorfer, Isabell Zacharias und Fraktion (SPD)**

Drs. 16/11152

**Beim Verkauf der GBW AG:Mieterinnen und Mieter sowie die Kommunen dürfen nicht für das Landesbank-Desaster büßen! Vorrang für den Mieterschutz!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Christine Kamm

Abg. Harald Güller

Abg. Ernst Weidenbusch

Abg. Karsten Klein

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Staatssekretär Franz Josef Pschierer

Abg. Margit Wild

Abg. Dr. Ludwig Spaenle

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Ich rufe zur gemeinsamen Behandlung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**GBW: Verantwortung übernehmen, mehr Transparenz herstellen! (Drs. 16/11138)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion (SPD)**

**Beim Verkauf der GBW AG: Mieterinnen und Mieter sowie die Kommunen dürfen nicht für das Landesbank-Desaster büßen! Vorrang für den Mieterschutz!**

**(Drs. 16/11152)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten**

**Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a. und Fraktion (CSU),**

**Karsten Klein, Dr. Andreas Fischer, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Jörg Rohde und Fraktion (FDP)**

**EU-Beihilfeverfahren der BayernLB - Wohnungen der GBW AG (Drs. 16/11153)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Das erste Wort hat Frau Kollegin Kamm von den GRÜNEN. Sie ist bereits eingetroffen. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Seit mittlerweile vier Jahren ist klar, dass die Bayerische Landesbank aufgefangen werden muss und dass es Probleme für die Mieterinnen und Mieter der GBW-Wohnungen geben wird. Seit vier Jahren leben diese Mieterinnen und Mieter nun schon in der Sorge, was weiter passieren wird, ob sie auch weiterhin sicher in ihren Wohnungen werden bleiben können.

Wir haben verschiedene Anträge gestellt, die bislang alle abgelehnt worden sind. Wir haben beispielsweise auch einen Bericht gefordert. Dieser Antrag wurde im Plenum

sogar angenommen. Das war im Januar 2010. Danach sollte die Staatsregierung berichten, wie sie die Rechte der Mieterinnen und Mieter sichern will und wie der Wohnungsbestand der GBW als wichtiger Beitrag zur Daseinsvorsorge dauerhaft gesichert und nachhaltig bewirtschaftet wird. Außerdem wurde gefragt, wie der Bestand als preisgünstiger und bezahlbarer Wohnraum gesichert werden soll. Dieser Bericht ist noch nicht gegeben worden. Das halte ich für skandalös. Das erste, was wir brauchen, ist mehr Transparenz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat und die Kommunen sind gemeinsam verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger angemessenen Wohnraum haben, dass allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von ihrer Einkommenssituation ein angemessener, diskriminierungsfreier Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Angemessener Wohnraum ist Grundvoraussetzung für vieles: für Arbeit, für Teilhabe am öffentlichen Leben und - last but not least - für gleiche Bildungschancen der Kinder. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen nicht, dass es den Mieterinnen und Mietern der GBW in Bayern so ergeht, wie es den Mieterinnen und Mietern der 93.000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen erging, nachdem Schwarz-Gelb ihre Wohnungen vom Land an Privatinvestoren verkaufte. Im Jahr 2008 verkaufte nämlich die damalige schwarz-gelbe Regierung von Nordrhein-Westfalen 93.000 Wohnungen an den Whitehall-Fonds der US-amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs. Die Folgen für die Mieterinnen und Mieter waren desaströs. Sofort wurden Verwaltungsstrukturen abgebaut, Instandhaltungen reduziert, alle Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen gestoppt und die Mieten zum Teil drastisch erhöht. Auch in Nordrhein-Westfalen gab es eine Sozialcharta; diese wurde jedoch ausgehöhlt.

Insofern reicht es nicht, Herr Söder - er ist leider nicht da -, jetzt eine Sozialcharta zu versprechen. Es muss endlich dafür gesorgt werden, dass die Wohnungen in die Hände von Menschen oder Organisationen gelangen, die in der Vergangenheit bewie-

sen haben, dass sie verantwortlich mit ihren Wohnungsbeständen umgehen, das heißt sozial verantwortlich handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

In Bayern gibt es immer weniger Sozialwohnungen; der Saldo des entsprechenden Wohnungsbestandes im Freistaat ist extrem negativ. Im vergangenen Jahr fielen 5.700 Wohnungen aus der Bindung; nur 1.580 wurden neu gebaut. Im letzten Jahrzehnt hat sich der Bestand an Sozialwohnungen in Bayern um 60.000 verringert. Auch als Folge der unzureichenden Tätigkeit im sozialen Wohnungsbau ist der Freistaat verpflichtet, sich insoweit mehr zu engagieren, mehr zu tun als bisher.

Wir können nicht nachvollziehen, weshalb sich der Freistaat aus der Verantwortung stehlen will. Herr Söder hat hier behauptet, eine Übernahme der Anteile durch den Freistaat sei ausgeschlossen. Wir fordern die Darlegung der angeblichen Gründe.

Wir fordern Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, auf, die Wohnungen in die Verwaltung der Stabi zu übergeben und selbst weiterzubewirtschaften, falls die Übergabe an ein Konsortium der Kommunen nicht zustande kommt. Wir sähen es zwar als ideal an, wenn die Kommunen, die in der Vergangenheit gezeigt haben, dass sie wissen, wie man Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik macht, die Wohnungen hielten; aber wir sehen natürlich auch die Schwierigkeiten der Kommunen. Viele Kommunen verfügen nicht über eine angemessene Finanzausstattung. Da sie auch in anderen Bereichen investieren müssen, dürften sie sich schwertun, die nötigen Mittel aufzubringen. Dennoch wäre das unter den Aspekten der Zukunft der Wohnungen, der Sicherheit und der langfristigen Bewirtschaftung der beste Weg. Der Freistaat hat die Verantwortung, den Kommunen die Übernahme dieser Wohnungen zu ermöglichen.

Herr Söder hat vor zwei Wochen getönt, 1,5 Milliarden Euro seien der richtige Preis. Dann allerdings wäre die Übernahme durch die Kommunen nicht möglich; sie können die Wohnungen nur zu einem am Ertragswert orientierten Preis übernehmen, nicht

aber zu einem Preis, den ein Finanzinvestor zahlt, der von langfristiger Wohnungsbewirtschaftung nicht viel Ahnung hat und bloß an kurzfristiger Verwertung interessiert ist.

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass künftig kein Wahlkampf auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter gemacht wird. Der Freistaat und die Kommunen gemeinsam sollen sich der GBW-Wohnungen annehmen. Es ist richtig, dass zuvörderst der Freistaat gefordert ist, sowohl die GBW-Wohnungen als auch die Rechte der Mieterinnen und Mieter zu sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem Label "Sozialstandards" allein ist das nicht zu erreichen. Deswegen fordern wir Sie auf: Stellen Sie Transparenz her! Übernehmen Sie Verantwortung für die GBW-Mieterinnen und -mieter! Tragen Sie Sorge dafür, dass sie nicht für Fehler zahlen müssen, die ganz andere bei der Landesbank gemacht haben! Wirken Sie auf die GBW ein, damit die derzeitigen enormen Mieterhöhungen, die nicht durch die Modernisierung gerechtfertigt sind, gestoppt werden! Sichern Sie die Sozialcharta durch konkrete Zusatzverträge ab! Unterbreiten Sie den Kommunen ein Angebot, das sie tatsächlich annehmen können! Machen Sie keinen Wahlkampf auf Kosten der Mieterinnen und Mieter!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Frau Kollegin. - Als nächsten Redner darf ich Harald Güller von der SPD-Fraktion an das Mikrofon bitten. Bitte schön.

**Harald Güller (SPD):** Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein ausgesprochenes Ärgernis, dass wir uns heute schon wieder mit dem Thema GBW-Wohnungen beschäftigen müssen. Seit zweieinhalb Jahren krümmt niemand in der Bayerischen Staatsregierung einen Finger für den Schutz der 33.000 Wohnungen und der 85.000 Mieterinnen und Mieter.

(Beifall bei der SPD)

Es sind die Mieterinnen und Mieter der GBW AG, die das Landesbankdesaster, das ja wohl eindeutig auch von Mitgliedern der CSU-Staatsregierung angerichtet worden ist, jetzt ausbaden sollen. Es wäre ein Leichtes für Sie gewesen, über die Bayerische Landesbank darauf hinzuwirken, dass den Mietern der 33.000 Wohnungen Zusatzmietverträge angeboten werden, die Luxussanierungen, hohe Mietsteigerungen und einen Verkauf ausschließen sowie Mieterinnen und Mietern, die zum Beispiel das 65. Lebensjahr vollendet haben, ein lebenslanges Mietrecht einräumen. All das wäre ohne Probleme möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Der Fortschritt in der Bayerischen Staatsregierung bewegt sich als Schnecke. Herr Fahrenschohn hatte es an dieser Stelle noch abgelehnt, überhaupt tätig zu werden. Zwischenzeitlich sagt Herr Söder, wir könnten doch die Sozialcharta der GBW AG zugrunde legen. Dazu stelle ich fest: Eine Sozialcharta, auch wenn Richtiges drinsteht, ist nur ein Stück Papier, für das sich keine Mieterin und kein Mieter vor irgendeinem Gericht in Deutschland etwas kaufen kann. Effektiver Schutz ist nur dann möglich, wenn tatsächlich die Mietverträge geändert werden.

Im Haushaltsausschuss hat Frau Görlitz geradezu niedlich behauptet: "Kauf bricht nicht Miete!" Frau Görlitz und liebe CSU-Kolleginnen und -Kollegen, ich glaube, Sie sind nicht richtig informiert, was es bedeutet, wenn ein neuer Eigentümer eine Sanierung vornimmt, wenn er verkauft, wenn es Eigenbedarfskündigungen gibt. Da hilft es überhaupt nicht, sich auf einen Mietvertrag zu berufen, der heute leider ohne Zusatzvereinbarung besteht.

Deshalb geht es jetzt auch um die Frage: Wer ist dafür verantwortlich, wenn die GBW aus dem Bestand der BayernLB verkauft werden muss? Wer muss da kaufen? Wir sind eindeutig der Auffassung, dass der, der den Karren in den Dreck gefahren hat, ihn auch herausziehen muss.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Freistaat Bayern, das ist die CSU-Staatsregierung. Sie müssen bereit sein, auf einem rechtlich zulässigen Weg die GBW-Wohnungen in den Bestand des Freistaats zu übernehmen.

Hierfür gibt es drei Möglichkeiten: entweder ein Kauf oder eine Naturalübernahme der Wohnungen zum Beispiel in die Immobilien Freistaat Bayern oder eine Stiftungslösung. Wir sind für alle drei Lösungen offen. Noch gestern haben wir zur rechtlichen Prüfung eine Anfrage an das Finanzministerium gerichtet.

Wir sind eindeutig der Auffassung, dass nicht die Kommunen an vorderster Front dafür zuständig sind, den von Ihnen in den Dreck gefahrenen Karren flottzumachen. Sie nehmen die bayerischen Kommunen in Geiselhaft dafür, was Sie bei der Bayerischen Landesbank verbockt haben. Das darf so nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Es ehrt die Kommunen, dass sie jetzt bereit sind, mit Ihnen zu verhandeln. Die Kommunen sind die drittbeste Lösung. Die erstbeste Lösung ist: kein Verkauf. Die zweitbeste Lösung ist die Übernahme in den Freistaat Bayern. Die drittbeste Lösung ist die Übernahme durch die Kommunen.

Wenn es aber einen Verkauf an die Kommunen geben sollte, muss eines klar sein: Der Wert der Wohnungen muss danach bestimmt werden, dass es einen Mieterschutz gibt. Daher können sie nicht so hoch eingeschätzt werden; denn sie dürfen zum Beispiel nicht luxussaniert werden.

Klar muss auch dies sein: Die Kommunen zahlen dafür leider einen hohen Preis. Das Geld, das sie dafür ausgeben, fehlt ihnen für andere - z. B. soziale - Belange, etwa für die Familienpolitik vor Ort. Wenn es kommunale Wohnungsbaugesellschaften sind, welche die Wohnungen kaufen, dann fehlt ihnen dieses Geld für den Bau neuer Wohnungen an anderer Stelle. Es fehlt ihnen für energetische Sanierungen anderer Wohn-

gebäude. Und es fehlt ihnen zum Beispiel auch für Modernisierungen im Sinne eines barrierefreien Zugangs der Wohnungen.

Da der Freistaat damit indirekt daran schuld ist, dass andere Mieter keine Verbesserungen im Rahmen ihrer Mietverhältnisse bekommen, fordern wir Sie auf, uns darzulegen, wie Sie andere Programme zur energetischen Sanierung oder zur Modernisierung im kommunalen Wohnungsbau in den kommenden Jahren zu fördern gedenken, bis wir in den Jahren 2013/14 zuständig sind.

Der Antrag der CSU schließt einen Kauf durch den Freistaat Bayern und jede Übernahme der Wohnungen durch den Freistaat kategorisch aus. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Dem Antrag der GRÜNEN, der hauptsächlich ein Berichtsantrag ist, der richtigerweise aber den vertraglichen Mieterschutz in den Mittelpunkt stellt, werden wir selbstverständlich zustimmen.

Wenn Sie nicht bereits sechs Anträge von uns zu diesem Thema abgelehnt hätten, hätten wir uns diese Debatte heute sparen können, und der Bayerische Mieterbund, die Mietervereine in München, Augsburg und Nürnberg könnten sich ihre sorgenvollen Briefe ebenfalls sparen. Sie haben bisher nicht gehandelt. Nehmen Sie diese letzte Chance zu handeln für die Mieterinnen und Mieter in Bayern wahr. 85.000 Menschen in Bayern dürfen nicht darunter leiden, dass Sie bei der Bayerischen Landesbank eine verfehlte Politik gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Ich gebe jetzt die Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen bekannt, die wir eben durchgeführt haben.

Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Pohl und Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "EU-Beihilfeverfahren/BayernLB", Drucksache

che 16/11137, haben 18 Abgeordnete mit Ja, 120 mit Nein gestimmt. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Bei dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Dödel, Winter und Fraktion (CSU) sowie der Abgeordneten Klein, Freiherr von Gumpenberg, Rohde und Fraktion (FDP) betreffend "EU-Beihilfeverfahren der BayernLB - Beteiligung der bayerischen Sparkassen", Drucksache 16/11151, haben 72 Abgeordnete mit Ja, 35 mit Nein gestimmt. Es gab 30 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Diese Übung können wir jetzt fortsetzen; denn zu allen drei vorliegenden Anträgen sind mittlerweile namentliche Abstimmungen beantragt worden. Das betrifft die Anträge auf den Drucksachen 16/11138, 11152 und 11153. Über diese wird also nach der Debatte namentlich abgestimmt.

Jetzt fahren wir in den Wortmeldungen fort. Herr Kollege Weidenbusch, Sie haben das Wort für die CSU-Fraktion.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Schutz der Mieter vor Spekulanten ist extrem wichtig. Für die BayernLB ist der Verkauf der Beteiligung an der GBW AG im Rahmen der Konzentration auf das Kerngeschäft notwendig. Der Verkauf der GBW AG mit ihren über 30.000 Wohnungen an ein Konsortium der betroffenen Kommunen wäre nicht eine gute, auch nicht die bessere Lösung, er wäre die mit Abstand beste Lösung.

Dabei darf die BayernLB die GBW AG nicht unter Wert verkaufen. Die Europäische Union - Generaldirektion Wettbewerb - fordert einen Verkauf zu einem angemessenen Preis. Nur unter diesen Voraussetzungen kann gegebenenfalls auf ein Bieterverfahren verzichtet werden. Diese Vorgabe aus Brüssel macht es nicht einfacher.

Wichtiger ist deshalb, dass die Gespräche mit den Kommunen fortgesetzt werden, damit ein abgestimmter und vermittelbarer Vorschlag in Brüssel unterbreitet wird und es gelingen kann, ein Bieterverfahren zu vermeiden. Der beste Schutz für die Mieter ist gegeben, wenn Eigentümer der GBW AG und damit der Wohnungen ein Konsortium derjenigen Kommunen wird, in denen die Wohnungen liegen. Die BayernLB sollte diesem Konsortium ein faires Finanzierungsangebot für den Kaufpreis machen. Es handelt sich um eine Kaufpreisfinanzierung, also schließlich um das Kerngeschäft der BayernLB. Wer hätte denn eine bessere Bonität vorzuweisen als die bayerischen Kommunen!

Der Antrag der GRÜNEN ist wohl eher aus der sozialpolitischen Sicht formuliert. Das verstehe ich auch. Man macht sich Sorgen um die Mieter, fordert aber auch, bestimmte Bieter auszuschließen, Zusatzverträge abzuschließen und auf Werte zu verzichten. Das alles sind Maßnahmen zulasten der Unternehmen, zulasten der BayernLB und der GBW AG.

Das führt tatsächlich dazu, dass es zu einer Wertminderung kommt. Das Defizit nimmt dann zu. Das Geld fehlt Bayerns Bürgern dann an anderer Stelle. Insofern ist dieses Verfahren nicht zulässig. Aus diesem Grund werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

Ich sage aber noch einmal: Aus meiner Sicht ist es richtig, an die Kommunen als Konsortium zu verkaufen und mit der BayernLB den Kaufpreis zu hundert Prozent zu finanzieren.

An dieser Stelle verkennt der Antrag der SPD-Fraktion meines Erachtens den Grundsatz der Subsidiarität. Es ist eigentlich nicht unsere Aufgabe im Landtag, darüber zu diskutieren - das wäre doch, wenn man Ihren Vorschlag zu Ende denkt, das Ergebnis -, welche Entwicklungen in Aschaffenburg, München, Passau oder Kempten notwendig sind. Das wissen doch die Gemeinderäte, die Stadträte und die Marktgemeinderäte vor Ort sehr viel besser. Genau deshalb gibt es doch die vielen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Wenn das alles kostenneutral gemacht wird, weil der Kaufpreis nämlich nicht aus eigener Kraft finanziert werden muss, sondern durch die BayernLB fremdfinanziert wird, dann findet natürlich keine Belastung der Haushalte statt. Dann haben die Kommunen genügend Geld, um die Maßnahmen, die Sie genannt haben, weiterhin durchzuführen. Das bedeutet natürlich, dass München dann ein Wohnungsbauprogramm machen kann. Wir werden sehr genau schauen, ob es wirklich gemacht wird. Bisher ist das ja eher nur angekündigt.

Ich muss schon sagen: Die SPD lässt hier jemanden sprechen, der sagt, es gehe ihm gar nicht darum, möglichst oft zu dem Thema zu reden, und er bedaure direkt, dass er hier dazu ständig reden müsse. Ich persönlich habe das Gefühl, dass es eigentlich nur darum geht, die betroffenen Mieter zu verunsichern und zu verhetzen,

(Beifall bei der CSU)

anstatt endlich einmal dazu beizutragen - -

(Dr. Paul Wengert (SPD): Es ist eine üble Unterstellung, dass wir Mieter verunsichern wollen!)

- Herr Wengert, Lautstärke ersetzt intellektuelle Kraft nicht. Das gibt es schon seit 2000 Jahren.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Lassen Sie eine Zwischenfrage zu, Herr Kollege?

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Selbstverständlich. Frau Kamm hat ja einen richtigen Ansatz.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Bitte sehr, Frau Kollegin Kamm.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben gesagt, unser Antrag enthalte die Aufforderung zu einem Verkauf zulasten der Landesbank. Das kann ich darin nicht erkennen. Letztendlich muss hinterher die Rechnung stimmen. Wenn Sie als Kommune sagen, Sie finanzieren den Kauf zu 100 %, dann müssen Sie natürlich auch 100 % Zins und Tilgung erwirtschaften, gleichzeitig eine gewisse Instandhaltung leisten und auch eine gewisse Modernisierung stemmen können, und das Ganze muss sich dann zum Mietpreis rechnen. Das muss berücksichtigt werden. Meiner Meinung nach ist das bei dem Preis von 1,5 Milliarden Euro, den Herr Söder in den letzten Wochen den Medien immer wieder genannt hat, keineswegs der Fall.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Bitte sehr, Herr Kollege, Sie haben das Wort zur Erwiderung.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Ihre Auffassung darüber, wie man das machen muss, teile ich, und die genaue Festlegung des Kaufpreises wird immer die Sache von Experten sein, die ausrechnen können, ob sich das amortisiert. Das ist weder unsere Aufgabe noch glaube ich, dass wir dazu in der Lage sind. Aber ansonsten haben Sie recht.

(Zuruf von der SPD: Aber mit Ihrem Modell steigen die Mieten dramatisch!)

Damit bin ich auch am Ende meiner Rede angelangt. Ich denke, der gemeinsame Antrag von CSU und FDP bringt alles zum Ausdruck, was passieren muss. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch kurz am Redepult; denn jetzt erhält Herr Kollege Güller das Wort zu einer Zwischenbemerkung. - Bitte sehr, Herr Kollege.

**Harald Güller (SPD):** Zunächst darf ich noch einmal feststellen: Die Mietverhältnisse der 85.000 Mieterinnen und Mieter sind durch das Desaster der Bayerischen Landes-

bank unsicher geworden. Ich wüsste nicht, dass dafür die SPD verantwortlich ist, sondern glaube eher, dass Ihre Partei dafür zuständig ist.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sind nicht wir diejenigen, die die Mieterinnen und Mieter verunsichern. Wir kümmern uns vielmehr um die Mieterinteressen

(Zuruf von der CSU: Null!)

genauso wie der Mieterbund Bayern und die Mietervereine, die hier auf einer Linie mit uns liegen.

(Beifall bei der SPD)

Aber nun zu einer Frage. Eines verstehe ich nicht, Herr Weidenbusch. Sie sagen, Sie müssten sowohl den Antrag der GRÜNEN als auch unseren Antrag ablehnen, in denen fast wörtlich das Gleiche darin stehe, da es sei nicht zulässig sei, den Kaufpreis dadurch zu mindern, dass Zusatzmietverträge abgeschlossen werden. Sie sagen gleichzeitig, dass Sie sich an die Sozialcharta der GBW halten wollen. Die Sozialcharta der GBW enthält aber jetzt schon, zumindest auf dem Papier, die Forderungen, die wir erheben. Es ist also schlicht und einfach - - Würde ich es unparlamentarisch sagen, würde ich "Blödsinn" sagen. Das darf man hier nicht sagen. Deshalb sage ich: Ihre Argumentation ist nicht ganz konsistent.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Kollege Weidenbusch zur Erwiderung, bitte.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Herr Kollege Güller, bereits Ihre Feststellung, dass die Mietverhältnisse unsicherer geworden seien, ist falsch. Das heißt, Sie gehen schon von einer grundsätzlich falschen Voraussetzung aus. In Oberbayern sagt man: Da fehlt's vom Boa weg. Dass Sie dann in der Folge zu einem falschen Schluss kommen, was die Bewertung dieser Verträge betrifft, ist in sich nur logisch, macht es aber nicht

besser. Insofern sind Sie zwar konsistent, aber es nützt Ihnen nichts, weil es woanders fehlt. - Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen liegen mir nicht vor. Somit hat Herr Kollege Klein für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte sehr.

**Karsten Klein (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ausgangspunkt dafür, dass wir über den möglichen Verkauf der GBW reden, ist das EU-Beihilfeverfahren und sind damit einhergehende Forderungen nach einer Schrumpfung der Bayerischen Landesbank. Keinesfalls jedoch, Herr Kollege Güller, ist damit eine Verunsicherung und eine Verschlechterung der Mietverhältnisse der Mieter von GBW-Wohnungen in Verbindung zu bringen; denn die Mietverhältnisse der Mieterinnen und Mieter mit der GBW AG sind natürlich von diesen Überlegungen in erster Linie überhaupt nicht betroffen.

Besonders putzig fand ich die Aufforderung der Kollegin der GRÜNEN, Frau Kamm, dass wir doch bitte dieses Thema nicht zu Wahlkampfzwecken missbrauchen sollten. Es ist geradezu aberwitzig, dass Sie sich wirklich trauen, an dieses Podium zu gehen und eine solche Forderung aufzustellen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich habe in den letzten Monaten nur erlebt, dass dieses Thema von SPD und GRÜNEN missbraucht wurde. Von den Kommunalparlamenten bis hier in den Bayerischen Landtag wurde es immer wieder aufgegriffen, um damit Schlagzeilen zu produzieren. Ob es Ihnen, Herr Kollege Güller, wirklich darum geht, die Interessen der Mieterinnen und Mieter zu vertreten, wage ich von dieser Stelle aus in Zweifel zu ziehen. Ich werde Ihnen auch gleich ein paar Gründe nennen.

Ihr Antrag ist schon deshalb obsolet, weil der Finanzminister klipp und klar zum Ausdruck gebracht hat, dass er dem Konsortium ein Exklusiv-Verhandlungsangebot macht. Das begrüßen wir auch. Es steht auch in unserem Antrag, dass wir die Gründung und die Verhandlungen mit diesem kommunalen Bieterkonsortium begrüßen. Wir schließen allerdings eine Übernahme der Anteile durch den Freistaat Bayern aus.

An dieser Stelle möchte ich auch einmal an die Grundsätze erinnern, die wir uns gegeben haben. Die von Ihnen geforderte Übernahme durch den Freistaat hätte zur Folge, dass wir im Anschluss entweder die Anteile im Gesamtpaket dahin gehend überprüfen müssten, ob überhaupt ein Staatsinteresse vorliegt, und wenn es nicht vorliegt, diese Anteile wieder durch ein Bieterverfahren verkaufen müssten - damit wäre in dem Sinne, wie Sie dies möchten, überhaupt nichts gewonnen - oder dass wir diese Entscheidung nach den Regeln unserer Haushaltsordnung und nach den Gesetzen, die wir uns momentan geben, hinsichtlich der einzelnen Wohnungen treffen müssten.

Diese Forderung der Anteilsübernahme durch den Freistaat ist also nicht nur ordnungspolitisch total daneben - das kann, wie gesagt, nur einem Sozialdemokraten einfallen -, sie ist auch noch inhaltswidersprüchlich zu unseren Regeln.

(Beifall bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Kollege Klein, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Karsten Klein (FDP):** Nein, jetzt nicht. Am Schluss meiner Rede gern.

Außerdem gibt es - es hat mich doch erfreut, dass das vonseiten der SPD einmal anerkannt wird - soziale Leitlinien bei der GBW, die auch Geltung haben und die im Übrigen erst einmal ihre Gültigkeit behielten, wenn die Anteile vom Freistaat bzw. von der Landesbank verkauft würden.

(Harald Güller (SPD): Diese Leitlinien können jederzeit geändert werden!)

Diese Leitlinien - das ist unsere Aussage - werden selbstverständlich dann auch in dieser Sozialcharta ihren Widerhall finden.

Frau Kamm, wir schließen natürlich nicht aus, dass wir aus den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen lernen. Vielleicht könnten Sie die Expertise, die Sie hierzu jetzt gesammelt haben, auch dem Finanzministerium zukommen lassen.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Warum sperren Sie sich gegen vertragliche Regelungen?)

Aber, Herr Güller, wir müssen uns doch heute nicht mit dem Thema auseinandersetzen, weil es einen Zwang gibt, es auf die Tagesordnung zu setzen, sondern weil der SPD-Landesvorstand am letzten Wochenende einen Beschluss zu diesem Thema gefasst hat. Das ist deshalb so interessant, weil er in diesem Beschluss vermerkt, dass man eigentlich der Meinung sei, dass die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und die Kommunen einen solchen Kauf überhaupt nicht schultern können.

(Harald Güller (SPD): Wo steht das drin?)

- Ich lese Ihnen gleich die Stelle aus Ihrem Beschluss vor. Sie werden sich noch sehr wundern, was ich aus diesem Beschluss alles vorlesen werde. - Da ist es doch besonders verwunderlich, dass sich Ihre Oberbürgermeister ins Finanzministerium setzten, Verhandlungen führten, und Herr Maly am Montag über die Presse mitteilte, dass diese Verhandlungen fortgesetzt würden,

(Harald Güller (SPD): Selbstverständlich!)

Sie aber am Wochenende bezweifeln, dass das überhaupt sinnvoll ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine ehrliche Politik. Schlagzeilen produziert man damit, aber keine politischen Tatsachen.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Das ist doch Quatsch!)

- Sie sagen, das sei Quatsch. Ich möchte einmal aus diesem Beschluss und aus Ihrer Veröffentlichung im Internet zitieren, damit man sieht, wie sehr hier Sachlichkeit geboten ist. Da ist von einem Debakel, von Ausbaden, von Notverkauf, von In-die-Bresche-Springen, von einem massiven Beschneiden, von Ausbluten die Rede.

(Harald Güller (SPD): Das ist alles richtig! Jeder dieser Ausdrücke ist richtig!)

Dann wird noch auf die Tränendrüse gedrückt und gesagt, dass die Kommunen aufgrund dieser Aktion nicht mehr in der Lage seien, ihre Aufgaben bei der Kinderbetreuung wahrzunehmen, dass sie der Sanierung im Hinblick auf einen senioren-, kinder- und behindertengerechten Ausbau nicht nachkommen könnten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum schüren Sie bei den Mieterinnen und Mietern und bei der Bevölkerung Ängste, anstatt sich hier einer sachlichen Debatte zu stellen?

(Beifall bei der FDP und der CSU - Harald Güller (SPD): Weil inhaltlich richtig ist, was in dem Beschluss steht!)

Dann schreiben Sie, uns ginge es nur um Gewinnmaximierung. Auch das steht in Ihrem Beschluss. Noch einmal: Es gibt ein Angebot des Finanzministers, exklusiv mit dem Konsortium zu verhandeln. Sieht das nach Gewinnmaximierung aus?

(Harald Güller (SPD): Zu welchem Preis?)

- Es ist völlig klar, dass wir zum Marktpreis verkaufen. Das verlangt die EU-Kommission. Das ist nicht allein eine Idee der Bayerischen Staatsregierung, sondern auch die EU-Kommission erwartet das. Deswegen ist es völlig falsch, uns vorzuwerfen, dass wir allein an Gewinnmaximierung interessiert wären.

Lieber Kollege Güller, ich muss wegen der Begriffe, mit denen Sie hantieren, bei diesem Thema schon sehr Ihre Ernsthaftigkeit infrage stellen. Deshalb werden wir Ihre beiden Anträge ablehnen. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. - Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm. Bitte schön.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Herr Kollege Klein, Sie haben gesagt, wenn der Freistaat die GBW übernehmen würde, müsste man anschließend prüfen, ob das eine Aufgabe des Freistaats wäre. Mich wundert schon sehr, dass das bis jetzt Ihrerseits noch nicht geprüft worden ist.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Kollege Klein.

**Karsten Klein (FDP):** Liebe Kollegin Kamm, wir sind seit 2008 Mitglied der Bayerischen Staatsregierung. Seit 2008 haben wir bei der Bayerischen Landesbank eine Rettungsaktion durchgeführt. Im Zuge dieser Aktion gibt es ein EU-Beihilfverfahren, in dessen Zuge jetzt diese Überprüfung stattfindet. Ich glaube nicht, dass sich die FDP-Fraktion hier irgendetwas vorzuwerfen hat.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. - Wir kommen nun zum nächsten Redner. Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich Professor Dr. Bauer nach vorne bitten. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

**Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie ein roter Faden zieht sich heute wieder das Thema Landesbank durch die Sitzung. Wenn man das einmal ganz nüchtern betrachtet, sollte Ihnen das zu denken geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Seien Sie doch ehrlich. Das kommt nicht von ungefähr.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das kommt von Ihnen, nicht von ungefähr!)

Das ist kein Herbeireden. Aber es ist einfach ein Problem, und über dieses Problem muss man reden können.

Herr Weidenbusch, ich habe vorhin schlaue Worte von Herrn Söder gehört: Die Lautstärke ersetzt nicht den Intellekt. - Ich möchte das nicht zurückgeben, weil das nicht mein Stil ist. Aber ich bitte Sie, einmal in sich zu gehen und ehrlich über die Probleme und auch über das Verdecken nachzudenken, das hier dauernd im Zusammenhang mit der Landesbank passiert. Das ist doch das Thema.

Herr Klein, Sie haben nicht zu dem Abschlussbericht Stellung genommen, aber es ist auch vorbei. Ich glaube aber, bei dem Landesbank-Untersuchungsausschuss hätte durchaus etwas anderes herauskommen können.

Meine Damen und Herren, die negativen Konsequenzen im Sozialbereich, die sozialpolitisch negativen Folgen des Landesbank-Debakels beschäftigen uns heute. Darüber sollten wir sehr ernsthaft reden. Wir sollten die richtigen Konsequenzen ziehen und die Menschen mitnehmen, die davon betroffen sind.

Bei den FREIEN WÄHLERN heißt die Devise ganz klar: Die finanziellen Probleme der Landesbank dürfen nicht auf dem Rücken sozial schwacher Menschen ausgetragen werden. Das ist unsere ganz klare Stellung hierzu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die GBW befindet sich zu 92 % im Eigentum der Bayerischen Landesbank; das alles wissen wir. Ihr gehören rund 33.000 Wohnungen, von denen über 80.000 Menschen betroffen sind.

Örtlicher Schwerpunkt der Wohnungen ist München. Aber auch Nürnberg, Erlangen, Regensburg und andere bayerische Städte sind davon betroffen. Dort ist die Mietsituation besonders problematisch. Deshalb kommt dem sozialen Wohnungsbau eine besondere Bedeutung zu. Die Menschen sind in besonderem Maße auf kostengünstigen Wohnraum angewiesen.

Bei einem möglichen Verkauf der GBW-Wohnungen müssen deshalb auch soziale Gesichtspunkte ausreichend berücksichtigt werden; denn betroffen sind in diesem Fall vornehmlich Familien mit Kindern, ältere Menschen und sozial Schwache. Gerade der prekäre Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen erfordert es, dass soziale Wohnungen beibehalten werden müssen.

Deshalb wäre nach der Vorstellung der Fraktion der FREIEN WÄHLER eine Stiftungslösung - diese ist noch überhaupt nicht angesprochen worden - zu thematisieren. Ich möchte an dieser Stelle für die Fraktion der FREIEN WÄHLER vorschlagen, dass wir ernsthaft über eine Stiftungslösung diskutieren.

(Harald Güller (SPD): Das ist meine Meinung! Darum habe ich das vorhin schon in meiner Rede gesagt!)

Meine Damen und Herren, Ziel muss es sein, unverhältnismäßige Mieterhöhungen für die betroffenen Mieter zu vermeiden und das bisherige Mietniveau beizubehalten bzw. sozialverträglich anzupassen. Der soziale Wohnungsmarkt in Bayern, insbesondere in den Ballungsgebieten, muss auch in der Landeshauptstadt München kostengünstigen Wohnraum für GBW-Bewohner und -mieter ausweisen. Hier sind sie darauf angewiesen.

Eines dürfen wir nicht vergessen, meine Damen und Herren; denn Wohnen ist ein existenzielles Grundrecht: Eine Wohnung stellt die Voraussetzung für jede soziale Teilhabe dar. Das steht in der Bayerischen Verfassung. Ich möchte gerne den Artikel 106 der Bayerischen Verfassung zitieren. Er lautet: "Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung."

Ich denke, da können wir uns in Ruhe und im stillen Kämmerlein einmal selber an die Nase fassen und darüber nachdenken.

Zusammenfassend gesagt: Wir werden dem Dringlichkeitsantrag 16/11138 der Fraktion der GRÜNEN zustimmen, auch wenn einige Punkte noch schärfer formuliert wer-

den müssten, bzw. wir hätten es anders formuliert. Zu dem Antrag 16/11152 der SPD-Fraktion ist zu sagen, dass er sehr umfangreich, sehr detailliert und äußerst bürokratisch ist. Hierzu wird sich unsere Fraktion enthalten.

Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag 16/11153 der Fraktionen der CSU und der FDP ist sachlich falsch. Bernhard Pohl hat schon in einem anderen Zusammenhang Zitate gebracht und Sie darüber aufgeklärt und das dargelegt. Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag ist ein Feigenblatt für die CSU und für die verfehlte Politik der Bayerischen Landesbank. Deshalb lehnen die FREIEN WÄHLER den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FDP ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen herzlichen Dank. - Es kommt eine Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Weidenbusch. Bitte, Herr Kollege Weidenbusch. Die Antwort folgt dann auf dem Fuße.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Herr Kollege, wenn 33.000 Wohnungen 1,5 Milliarden Euro kosten sollen, dann ist das ein Durchschnittspreis von 45.400 Euro pro Wohnung. Das bedeutet bei einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von 18 Jahren beim Ertragswertverfahren einen durchschnittlichen monatlichen Mietpreis von 200 Euro.

Erstens. Glauben Sie, dass das Finanzministerium bei dieser Berechnung ernsthaft irgendjemanden über den Tisch gezogen hat? Oder finden Sie nicht auch, dass ein Durchschnittspreis von circa 45.000 Euro für 33.000 Wohnungen für eine ganze Wohnung durchaus sozial verträglich ist?

Zweitens. Könnten Sie mir einmal irgendein Beispiel dafür nennen, dass auch nur ein Mieter der GBW AG - dann bitte mit Namen und Wohnbereich - tatsächlich in Schwierigkeiten ist? Oder müssen Sie nicht einräumen, dass wir hier eine Geisterdiskussion führen, weil Sie nur von Mietern sprechen, die vielleicht in Schwierigkeiten kommen könnten? Sie tun das schon seit drei Jahren, haben aber noch keinen einzigen Fall.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte schön, Herr Dr. Bauer.

**Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER):** Ich denke, wir haben bei den anderen Anträgen, die zu diesem Thema noch aufgerufen werden - ich hoffe es zumindest -, genügend Gelegenheit, diese Fragen ausführlich zu beantworten.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen herzlichen Dank. - Weitere Zwischenbemerkungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir zum nächsten und letzten Redner. Der Herr Staatssekretär ist noch ins Gespräch vertieft, kommt aber schon zum Pult und hat das Wort. Herr Kollege Pschierer, bitte schön.

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ob wir jemals Kollegen werden, vermag ich heute noch nicht zu beurteilen. Landtagskollegen sind wir, Kabinettskollegen noch nicht.

Herr Kollege Güller, zunächst zu Ihnen: Ganz so schlimm wird es schon nicht kommen, was die Zuständigkeit für die Regierungsgeschäfte im Freistaat Bayern angeht. Ich vertraue da einfach auf die kollektive Weisheit des bayerischen Wählers; denn er weiß schon, dass es dort, wo die SPD zuständig ist, in der Regel mehr Arbeitslose, mehr Schulden und mehr Kriminalität gibt. Insofern bin ich der Meinung, dass Ihnen die Zuständigkeit für dieses Land wohl nicht übertragen wird.

Zweiter Punkt. Herr Kollege Güller, jetzt müssen Sie ein bisschen was aushalten. Wer in der Sache überhaupt keinen Finger rührt, das ist Ihr Münchner Oberbürgermeister.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn er nämlich möchte - und das betrifft einen Großteil der Wohnungen -, dann würde er seiner Verantwortung gerecht werden. Dann wäre er schon längst auf uns zugekommen und hätte gesagt: Ja, ich habe Interesse am Erwerb dieser Wohnungen. Sie sollten es sich also nicht so einfach machen.

Noch eine Anmerkung zum Kollegen Weidenbusch. Herr Kollege Weidenbusch, ich zitiere Sie gerne und korrigiere Sie nur ungern. Wenn Sie aber künftig Ortsbezeichnungen im Zusammenhang mit der GBW verwenden, dann sollten Sie zur besseren Orientierung des Münchner Oberbürgermeisters immer den Regierungsbezirk dazusagen. Also: Aschaffenburg - Klammer auf "Unterfranken" Klammer zu.

(Beifall bei der CSU - Isabell Zacharias (SPD): Euch gehen die Argumente aus! -

Harald Güller (SPD): Jetzt zum Inhalt! Warum lassen Sie die Mieter im Regen stehen?)

- Jetzt, Herr Kollege, zum Inhalt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die GBW war, ist und wird auch weiter ein fairer und verlässlicher Partner sein. Herr Güller, Sie können den Leuten erzählen, was Sie wollen. Was Sie machen, ist Angst schüren, sonst gar nichts.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind uns der Verantwortung für die 85.000 Mieterinnen und Mieter bewusst, aber wir brauchen tragfähige Lösungen, die mit nationalem Recht vereinbar und auch mit EU-Recht vereinbar sind. Sie wissen so gut wie ich, dass die EU-Kommission eine Reduzierung der Bilanzsumme der BayernLB fordert. Zu dieser Reduzierung gehört eben auch eine massive Verkleinerung. Deshalb ist die Trennung von der GBW erforderlich.

Ich will kurz auf einige Aspekte des Antrags der GRÜNEN eingehen. Frau Kollegin Kamm, eine Entscheidung der EU-Kommission, ob und wann sich die BayernLB von der GBW trennen muss, liegt noch nicht vor. Es haben auch - darauf lege ich ganz besonderen Wert - keine Verkaufsgespräche der BayernLB mit etwaigen Investoren stattgefunden. Welche konkreten Vorgaben wir von der EU-Kommission erhalten werden, steht somit noch nicht fest. Wir haben aber der EU-Kommission signalisiert - das sollte Konsens in diesem Hohen Hause sein -, dass die BayernLB derzeit einen Ver-

kauf an ein kommunales Konsortium auf der Grundlage eines Wertgutachtens anstrebt. Wir müssen jedoch davon ausgehen, dass die Kommission auf ein marktgerechtes Verkaufsverfahren Wert legt. Deshalb müssen wir bei den Gesprächen mit den Kommunen auch auf einem Wertgutachten bestehen.

Ich darf Ihnen aber eine Zusage machen. Vor Abschluss des EU-Verfahrens wird die Staatsregierung selbstverständlich hier im Landtag berichten.

Was das Thema Mieterhöhungen angeht, meine Damen und Herren von der Opposition, von einem, wie Sie immer so gerne sagen, "Aufhübschen der Braut" kann keine Rede sein. Es gibt keine Maßnahmen, die den Verkaufswert der GBW steigern würden. Das gilt auch für das Thema Mieterhöhungen. Was in der letzten Zeit stattgefunden hat, hat der bisherigen Routine entsprochen und steht in keinem Zusammenhang mit dem EU-Beihilfeverfahren. Bringen Sie bitte Mieterhöhungen, die völlig normal im Raster sind, die vorkommen und auch in den Verträgen vorgesehen sind, nicht mit dem EU-Beihilfeverfahren oder einem möglichen Verkauf in Verbindung.

Sie erstellen Auswahlkriterien für potenzielle Erwerber und fragen, warum nicht der Freistaat Bayern selbst erwirbt. Ich darf Ihnen dazu eine klare Antwort geben. Wir sind aufseiten der Staatsregierung der festen Überzeugung, dass ein kommunales Konsortium im Freistaat Bayern die beste Lösung ist, um Mieterschutz für die 33.000 GBW-Wohnungen zu gewährleisten. Wir erwarten auch von der Opposition, dass sie das, was die Kommunen zu einem großen Teil auch wünschen, mitträgt und mit unterstützt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das könnte auch der Freistaat Bayern!)

Die städtischen Wohnungsbaugenossenschaften haben in den Kommunen einschlägige Erfahrungen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Meine Damen und Herren von der Opposition, gehen Sie doch mal raus in die Städte und Kommunen. Sie werden Bürgermeister und Oberbürgermeister der SPD finden,

die sagen: Ja, der Verkauf an ein kommunales Konsortium ist der richtige Weg. Hintertreiben Sie deshalb doch diese Lösung nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Ist es rechtlich zulässig, dass das der Freistaat Bayern übernimmt? Antworten Sie auf meine Frage!)

- Herr Güller, hören Sie einfach zu.

Es gibt ein Angebot an die bayerischen Kommunen, exklusive Gespräche mit den Kommunen über die Möglichkeit eines Verkaufs zu führen. Am 16. Januar gab es den ersten runden Tisch mit Staatsminister Söder. Eingeladen waren Bürgermeister und Landräte der 20 Kommunen mit den meisten GBW-Wohnungen: Oberbürgermeister Maly, OB Ude und andere. Die Herren haben ihr klares grundsätzliches Interesse bekundet. Deshalb sage ich auch an die Adresse der bayerischen Kommunen und an die Adresse der Spitzenvertreter der bayerischen Kommunen: Sie müssen jetzt Flagge zeigen und sagen, was Sie wollen. Wollen Sie den Verkauf an ein Konsortium mit einem belastbaren Angebot, oder wollen Sie ein freihändiges Verfahren? Oder wollen Sie ein anderes Verfahren? Das heißt, dass wir ausschreiben müssen und nicht garantieren können, dass den Zuschlag nicht jemand bekommt, den wir nicht wollen.

Wir, die CSU und die FDP - diese Regierungskoalition - stehen dazu: Wir wollen den Verkauf an ein kommunales Konsortium.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich darf Ihnen aber auch sagen, Herr Kollege Güller, dass die exklusive Phase für die Kommunen nicht unbegrenzt sein kann. Sofern der Verkauf an ein kommunales Konsortium scheitert, müssen anderweitige Verkaufsmöglichkeiten, also ein Bieterverfahren, geprüft werden. Aber auch hier gilt: Die Staatsregierung wird sich weiter mit Nachdruck bei der EU-Kommission dafür einsetzen, dass bei einem Verkaufsprozess soziale Belange berücksichtigt werden können.

Meine Damen und Herren, das alles können wir vermeiden, wenn sich die kommunalen Spitzenvertreter, die Vertreter der Kommunen, die Wohnungen haben, gemeinsam mit den Vertretern der GBW und uns sowie der Kommission an einen Tisch setzen und den Verkauf an ein kommunales Konsortium betreiben.

Die Frage, die bei Ihnen immer wieder auftritt - das muss man sich auch auf der Zunge zergehen lassen: Warum kauft nicht der Freistaat Bayern die GBW-Anteile?

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Das kapiere ich jetzt nicht. Das müsst ihr mir mal erklären. Wir sind über die BayernLB und die GBW Eigentümer. Wir sollen aber nicht mehr Eigentümer bleiben. Das ist der ausdrückliche Wunsch, die ausdrückliche Ansage der EU-Kommission.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Das würde heißen, man geht aus der Landesbank raus und über den Freistaat Bayern rein. Das ist doch völlig verrückt, meine Damen und Herren. Es kann doch nicht Aufgabe des Freistaats Bayern und des bayerischen Finanzministers sein, Vermieter für 33.000 Wohnungen zu spielen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Schauen Sie mal in die Bayerische Verfassung, schauen Sie mal in das Haushaltsrecht. Wir können und dürfen das gar nicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das müssen Sie uns genauer erklären!)

Sobald es andere Möglichkeiten gibt, einen Zweck zu erfüllen, als dass ihn der Staat erfüllt, müssen wir den anderen Weg gehen.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Diesen angestrebten Zweck, meine Damen und Herren, erfüllt nicht der Staat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie machen sich aus dem Staub! Das ist die Wahrheit!)

- Herr Rinderspacher, Sie haben von nix eine Ahnung. Das muss ich Ihnen jetzt leider sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für Wohnungsförderung, für die Unterstützung von Wohnungsbau kann man den Freistaat Bayern in die Verantwortung nehmen, und das tun wir über die Labo, das heißt, ein Förderinstitut der BayernLB, und andere Instrumente.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Man kann uns in die Verantwortung nehmen, was Mieterschutz angeht. Aber wir sind doch nicht für das Schaffen von Wohnraum im Freistaat Bayern zuständig. Das ist Aufgabe der Kommunen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Das nehmen Ihnen selbst Ihre eigenen Bürgermeister und Landräte nicht ab. Die nehmen Sie doch nicht ernst. Das ist ja Ihr Problem, dass die paar guten Leute, die Sie in der SPD noch haben, draußen sind und nicht hier im Bayerischen Landtag.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

Die Bereitstellung von Wohnraum im Freistaat Bayern ist und bleibt primär Aufgabe der bayerischen Kommunen und nicht des Freistaats Bayern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Eine schwache Vorstellung! - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD) - Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Die EU-Kommission würde das gar nicht akzeptieren. Als Wettbewerbsbehörde favorisiert die Kommission eindeutig einen Verkauf an den Markt. Hören Sie gut zu, Herr Rinderspacher! Die EU-Kommission will den Verkauf an den Markt. Das wollen wir

aber gar nicht. Wir wollen den Verkauf in einem transparenten Verfahren an die Kommunen. Deshalb werden wir weiter dafür kämpfen, dass es dieses kommunale Konsortium gibt. Ich bin davon überzeugt, dass Ihnen in den nächsten Wochen bewiesen wird, dass das Interesse der bayerischen Kommunen und der städtischen Wohnungsbaugesellschaften durchaus da ist.

Was nicht geht und was sehr bedenklich ist: weitere Zusatzverträge flächendeckend vorschreiben zu wollen. Das würde die Kommission sicherlich nicht als transparentes Verfahren honorieren. Deshalb geht das nicht. Wir können nicht im Nachhinein sagen, wir machen flächendeckend Zugriffs- und Zusatzverträge.

(Harald Güller (SPD): Das hätten wir schon zwei Jahre machen können!)

- Herr Güller, informieren Sie sich einfach erst einmal. Wir sind nicht Alleinaktionär. Wir sind Mehrheitsaktionär, aber es gibt auch Minderheitsaktionäre. Sie werden es sicherlich nicht akzeptieren, wenn wir einen Beitrag dazu leisten, dass der Wert der Gesellschaft gemindert wird. Sie würden es nicht nur nicht akzeptieren, sondern sie würden gegebenenfalls rechtliche Schritte dagegen einleiten. Das ist doch völlig klar. Kein Minderheitsaktionär wird das akzeptieren.

(Harald Güller (SPD): Haben Sie es schon probiert?)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleiben wir dabei: Die Bayerische Staatsregierung will die 33.000 GBW-Wohnungen, von denen übrigens ein Drittel sozial gefördert ist, an ein kommunales Konsortium verkaufen. Diesen Weg werden wir weitergehen. Wir lehnen deshalb die Anträge von SPD und GRÜNEN ab und bitten um Zustimmung zum Antrag der CSU.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Wild von der SPD-Fraktion abzuhandeln.

**Margit Wild (SPD):** Herr Staatssekretär Pschierer, trotz Ihres Echauffierens und Ihrer zahlreichen Seitenhiebe konnten Sie nicht deutlich darlegen, was Herr Kollege Söder

mit seiner Bemerkung gemeint hat. Ich zitiere ihn: "Die EU-Kommission verbietet uns das." Sie haben zahlreiche Bemerkungen gemacht, Sie könnten es nicht, Sie wollten, dass ein kommunales Konsortium die Wohnungen kauft. Herr Söder muss doch wissen, worauf er sich bezieht. Das konnten Sie in Ihren langen Ausführungen nicht eindeutig klären.

(Zurufe von der CSU: Zuhören!)

Er wird hier zitiert, die EU verbiete, dass der Freistaat die Wohnungen kauft. Wo steht das? Ich möchte die Quelle schon genau wissen.

Noch etwas zum Wunsch der Kommunen und der Oberbürgermeister, die Sie immer erwähnt haben. Wir in Regensburg haben auch einen Oberbürgermeister, und wir haben sehr viele GBW-Wohnungen. Sie zitieren immer nur die beiden SPD-Oberbürgermeister. Was aber sagt Herr Schaidinger zu Ihrem Ansinnen, dass die Wohnungen gekauft werden sollten? Das hätte ich gern einmal gewusst. Herr Schaidinger gehört bekanntlich der CSU an. Er war auch damals für das Landesbankdebakel verantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Staatssekretär zur Erwidernng.

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Frau Kollegin Wild, zur ersten Frage: Die EU-Kommission ist gegebenenfalls bereit, mit uns den Weg des Verkaufs an ein kommunales Konsortium zu gehen. Die EU-Kommission favorisiert - das habe ich vorher deutlich gesagt - per se allerdings den Verkauf am Markt in einem Bieterverfahren. Das wäre der völlig normale Weg. Die Bayerische Staatsregierung hat in Brüssel aber deutlich gemacht, dass wir den Verkauf an ein kommunales Konsortium wollen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wer verbietet den Verkauf durch den Freistaat Bayern?)

Zum Thema Verboten: Als Erstes verbietet das Haushaltsrecht des Freistaats Bayern einen Kauf. Wenn der Zweck auch durch andere Mittel erfüllt werden kann, dürfen wir nicht kaufen.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Wer sagt das?)

- Auch Ihnen sollte der Begriff "Subsidiarität" etwas sagen. Der Freistaat Bayern hat nicht die Aufgabe, Mietwohnungen zu erwerben und zu verwalten. Überlegen Sie sich das einmal: Der bayerische Finanzminister ist Vermieter für 33.000 Wohnungen. Das ist Aufgabe städtischer Wohnungsbaugesellschaften oder der Privatwirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Wild, Sie haben die Bemerkung von Herrn Staatsminister Söder angesprochen. Die EU-Kommission würde es sicher nicht gutheißen, wenn sich die BayernLB, die uns zu 94 % gehört, von der GBW trennt und der Freistaat Bayern dann zu 100 % Eigentümer der GBW wird. Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD: Wieso denn nicht?)

Auch wenn Sie es nicht gerne hören wollen: Es wäre völlig verrückt, wenn der Freistaat Bayern 33.000 Wohnungen kauft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir versuchen, uns heute von Beteiligungen zu trennen, die nicht zu den ursprünglichen Aufgaben des Freistaates Bayern gehören.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Lachen bei der SPD)

Wir bleiben beim Verkauf an ein kommunales Konsortium.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD: Schaidinger?)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Die Staatsregierung hat jederzeit die Möglichkeit zu antworten, wenn Sie noch antworten wollen.

**Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium):** Wenn von der linken Seite nichts mehr Vernünftiges kommt, können wir es dabei bewenden lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD: Was ist mit Schaidinger?)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. Für mich ist jeder gewählte Abgeordnete ein Kollege, egal von welcher Fraktion er kommt. Deswegen kann ich jetzt die Debatte schließen.

(Alexander König (CSU): Wir haben noch eine Wortmeldung! Der Abgeordnete Spaenle will etwas sagen!)

Eine persönliche Erklärung? Ein Mitglied der Staatsregierung kann jederzeit reden.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Ich bin auch Abgeordneter dieses Hauses und kann etwas dazu sagen! - Alexander König (CSU): Wir haben noch Redezeit zur Verfügung!)

Die CSU hat noch drei Minuten Redezeit. Kein Problem. Bitte schön, Herr Kollege Spaenle.

**Dr. Ludwig Spaenle (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte zwei kurze Bemerkungen machen. Bemerkenswert ist, wie die SPD ihr Verhältnis zu den Kommunen am vergangenen Wochenende geklärt hat. Der SPD-Landesvorstand entmündigt die bayerischen Kommunen, wenn er beschließt, dass man es ablehnt, sich auf das Angebot des Freistaates Bayern in einer mieterfreundlichen Form einzulassen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das hat der SPD-Landesvorstand nicht beschlossen!)

Wer dieses Angebot ablehnt, ist verantwortlich, wenn die Heuschrecken nach Bayern kommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD - Alexander König (CSU): Kurz und prägnant alles gesagt!)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Ich schaue aufmerksam, sehe aber keinerlei Wortmeldungen mehr. Damit schließe ich die Debatte und komme zu den Abstimmungen. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich komme zuerst zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11138. Das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Namentliche Abstimmung ist beantragt. Für die erste Abstimmung stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Zurufe: Drei reichen!)

- Nein, für die erste machen wir fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18.07 bis 18.12 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Wir kommen sofort zur nächsten Abstimmung,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und zwar zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11152. Das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion. Die Abstimmung ist eröffnet und dauert drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.12 bis 18.15 Uhr)

Wir kommen zum Ende. Ich schließe die zweite namentliche Abstimmung.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir kommen nun zur nächsten namentlichen Abstimmung, und zwar zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11153. Das ist der interfraktionelle Dringlichkeitsantrag

der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Ich eröffne die Abstimmung. Sie dauert wieder drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.15 bis 18.18 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die dritte namentliche Abstimmung.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen. Ich darf auch um Ruhe bitten, meine Damen und Herren. - Sonst wissen Sie nämlich nicht, worüber Sie gleich abstimmen werden.

Ich stelle den nächsten Dringlichkeitsantrag etwas zurück, und wir kommen erst zu anderen Tagesordnungspunkten.





